



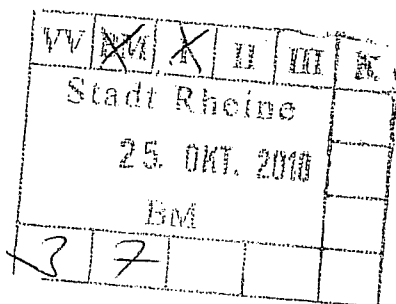
DEHOGA
WESTFALEN

Ortsverband Rheine



DEHOGA Westfalen · Weßlings Kamp 19 · 48653 Coesfeld

An die Bürgermeisterin
der Stadt Rheine
Frau
Dr. Angelika Kordfelder
Klosterstr. 14
48431 Rheine



Weßlings Kamp 19
48653 Coesfeld
Telefon 0 25 41 / 95 22 – 0
Telefax 0 25 41 / 95 22 -20
www.dehoga-westfalen.de
coesfeld@dehoga-westfalen.de

Unser Zeichen: fra-kö
Datum: 22.10.2010

Sperrzeit in Rheine **Bezug: Beratung im Haupt- und Finanzausschuss**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

Bezug nehmend auf unsere Vorsprache in Ihrer Fraktionssitzung möchten wir ergänzend anreichen das Protokoll des Stadtrates Düsseldorf neben dem zugrunde liegenden Vorlagebeschluss betreffend die Sperrzeitaufhebung.

Wie Sie den Wortbeiträgen und dem Protokoll entnehmen können, war insbesondere das vorhandene Konfliktpotential Anlass zur Aufhebung der Sperrzeit. Der Kollege Rainer Spenke, DEHOGA Nordrhein, Geschäftsbereich II, teilte mit, dass es in der Folgezeit nach Angabe der zuständigen Polizeibehörde zu einer Entspannung und Beruhigung im Altstadtbereich gekommen sei.

Bitte beachten Sie, dass Sie die „Probezeit“ durch eine Befristung der Geltungsdauer erreichen können, so dass eine mögliche Satzung nur für den Zeitraum eines Jahres gilt.

Ein öffentliches Bedürfnis für eine abweichende Sperrzeitfestsetzung ist gegeben, wenn hinreichende Gründe vorliegen, die eine solche Regelung im Interesse der Allgemeinheit angezeigt erscheinen lassen.

Ein solches liegt vor, wenn

- die Leistungen des in Rede stehenden Betriebes während der allgemeinen Sperrzeit in erheblichem Maße in Anspruch genommen werden.

Aus Sicht der Allgemeinheit und nicht aus der des Antragstellers muss eine Bedarfslücke bestehen. Zum Beispiel kann grundsätzlich ein öffentliches Bedürfnis angenommen werden, wenn auf Grund hoher durchschnittlicher Besucherzahlen in den Gaststättenbetrieben kurz vor Beginn der allgemeinen Sperrzeit der Wunsch weiter Bevölkerungskreise nach Bewirtung und Aufenthalt über den Beginn der allgemeinen Sperrzeit hinaus zum Ausdruck kommt. Es ist zu unterscheiden, ob es sich um einen quasi täglich vorkommendes Ereignis handelt, oder ob eine Unterscheidung zwischen Werktagen und Wochenenden vorzunehmen ist.

Es ist ebenfalls zu unterscheiden nach verschiedenen Betriebsarten (normale Schank- und Speisewirtschaft, Betriebe mit Livemusik, Tanz und Diskotheken u. a.), da bei Angeboten besonderer Attraktionen wie zum Beispiel bei Tanz, Livemusik, Bühnenshows und Filmvorführungen von einem größeren Bevölkerungsinteresse auszugehen ist.

In den Bereich der Prüfung des öffentlichen Interesses gehört die Prüfung der Frage, ob Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung der Verkürzung der allgemeinen Sperrzeit entgegenstehen. Dabei kann, wie im Fall der Stadt Düsseldorf, die Entzerrung des Besucherstroms durch einen stufenweisen Abfluss einen positiven Einfluss entfalten.

Daneben müssen die besonderen örtlichen Verhältnisse für eine Aufhebung sprechen. Diese liegen vor, wenn die Verhältnisse im örtlichen Bereich sich so von den Verhältnissen anderer örtlicher Bereiche unterscheiden, dass deswegen eine Abweichung von der allgemeinen Sperrzeit gerechtfertigt erscheint.

Die örtlichen Verhältnisse im Sinne des § 18 Gaststätten-Gesetz werden nicht nur durch die Lage des Betriebsgrundstückes in seiner Umgebung, sondern auch durch die Art, den Umfang und die tatsächliche Nutzung des Betriebes bestimmt. Diese Umstände müssen insgesamt positiv für eine Sperrzeitverkürzung sprechen.

Die allgemeine gesetzliche Regelung verfolgt u.a. den Zweck, die durch den Gaststättenbetrieb hervorgerufenen unvermeidlichen Ruhestörungen mit dem Eintritt der gesetzlichen Sperrzeit enden zu lassen, und zwar ohne Rücksicht auf den Gebietscharakter allerorten. Nichts mit besonderen örtlichen Verhältnissen hat die Nähe zum Marktplatz, zu Theatern, Konzerthallen und Lichtspielhäusern, Hauptbahnhof u.a. zu tun.

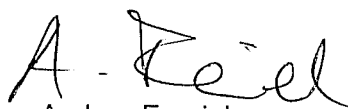
Bei innerstädtischen Altbetrieben –insbesondere Diskotheken- die bau- bzw. bauordnungsrechtlichen Bestandsschutz genießen, liegen stets keine besonderen örtlichen Verhältnisse für eine Sperrzeitverkürzung vor. Der Bestandsschutz bezieht sich ggf. lediglich zur Erteilung der Gaststättenerlaubnis und erstreckt sich nicht auf die sperrzeitrechtlichen Bestimmungen.

Gleichwohl kann durch einen stufenweisen Abfluss der Besucher und eine Einwirkung durch Ansprache zur gleicheffektiven Beruhigung beitragen.

Insgesamt ist die Entscheidung in das Ermessen des Stadtrates gestellt und bedarf der Interessenabwägung.

Wir hoffen hier auf Ihre Unterstützung und verbleiben
mit gastfreundlichen Grüßen

gez. Oliver Heuwes
Vorsitzender


Andrea Franiel
Geschäftsstellenleiterin

gez. Daniela Kottmann
gez. Manfred Teuber
RIZZ

gez. Florian Menke
ROXY

gez. Stefan Ripplloh
KÖPI am Ring



Ratsversammlung Düsseldorf

Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf
in seiner 15. Wahlperiode am Donnerstag, 12. November 2009, 14:00 Uhr, Rathaus, Plenarsaal

7/2009

Tagesordnung

	Vorlage/n	Seite
Nachruf Ratsmitglied a. D. Ulrike Scheffler-Rohrer		6
1 Anerkennung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung		6
2 Anfragen aus aktuellem Anlass		
a) Anfrage der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Finanzlage der Stadt Düsseldorf	01/345/2009	7
b) Anfrage der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Präsentation der DTM in Düsseldorf	01/349/2009	7
3 Anfragen		
a) Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE Beabsichtigte Senkung des Finanzierungsanteils des Bundes zu den Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende gemäß § 22 SGB II	01/337/2009	9
b) Anfrage des Rats Herrn Laubenburg Informationslücken auf www.duesseldorf.de zum städtischen Haushalt	01/339/2009	10
c) Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE NSDAP-, SS- und SA-Vergangenheit bei früheren Ratsmitgliedern von FDP und CDU	01/338/2009	14
d) Anfrage der SPD-Ratsfraktion Impfung gegen Schweinegrippe in Düsseldorf	01/334/2009	42 schriftl. Antwort
e) Anfrage der FDP-Ratsfraktion Bliker Arcaden	01/332/2009	44 schriftl. Antwort
f) Anfrage der SPD-Ratsfraktion Bau von Stehplätzen in der ESPRIT arena	01/323/2009	46 schriftl. Antwort
g) Anfrage der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Beteiligung der Stadt Düsseldorf an der landesweiten Einbürgerungs- kampagne	01/340/2009	48 schriftl. Antwort

Tagesordnung

	Vorlage/n	Seite
h) Anfrage der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Zukunft der ARGE	01/341/2009	50 schriftl. Antwort
i) Anfrage der FDP-Ratsfraktion „Google Street View“	01/343/2009	52 schriftl. Antwort
4 Anträge		
a) Antrag der SPD-Ratsfraktion Kein Verkauf von Krediten durch die Stadtparkasse Düsseldorf	01/324/2009	17 zurück- gezogen
b) Antrag der SPD-Ratsfraktion Klimafreundliches Düsseldorf: Fernwärmesatzung	01/333/2009	17 zurück- gezogen
5 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Düsseldorf (ZO) Berichterstatter: Beigeordneter Kruse Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion Änderungsantrag der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen	01/313/2009	23
6 Beratende Mitwirkung der fraktionslosen Ratsmitglieder in Ausschüssen	01/328/2009	26
7 Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern – Ersatzwahl –	01/330/2009	26
8 Bestellung beratender Mitglieder des Jugendrates in Ausschüsse Berichterstatter: Beigeordneter Hintzsche	01/266/2009	27
9 Aufsichtsrat Nauss-Düsseldorfer- Häfen GmbH & Co.KG – Ersatzwahl – Berichterstatter: Stadtdirektor Rattenhuber	01/306/2009	27
10 Aufsichtsrat Hafen Krefeld GmbH & Co.KG – Ersatzwahl – Berichterstatter: Stadtdirektor Rattenhuber	01/308/2009	27
11 Kuratorium der ZERO-Foundation – Ersatzwahl – Berichterstatter: Stadtdirektor Rattenhuber	01/309/2009	27
12 Düsseldorfer Innovations- und Wissenschaftsagentur GmbH (DIWA GmbH) – Vertretung der Landeshauptstadt Düsseldorf in der Gesellschaft – Berichterstatter: Stadtdirektor Rattenhuber	01/102/2009	28
13 Verwaltungsrat der Stadtparkasse Düsseldorf – Wahl des Vorsitzenden und der Mitglieder – Berichterstatter: Beigeordneter Kruse	01/319/2009	28
14 Verbandsversammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes – Wahl von Mitgliedern – Berichterstatter: Beigeordneter Kruse	01/320/2009	30
15 Aufsichtsrat der Grundstücksentwicklungs-Gesellschaft Düsseldorf mbH (GED) Berichterstatter: Stadtdirektor Rattenhuber	01/335/2009	31
16 Aufsichtsrat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH – Ersatzwahl – Berichterstatter: Stadtdirektor Rattenhuber	01/325/2009	32

Tagesordnung

	Vorlage/n	Seite
17 Beirat der Badergesellschaft Düsseldorf mbH – Ersatzwahl – Berichterstatler: Stadtdirektor Rattenhuber	01/336/2009	32
18 Aufsichtsrat der Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH – Ersatzwahl – Berichterstatler: Stadtdirektor Rattenhuber	01/327/2009	32
19 Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern der Ratsfraktionen in die Düsseldorf Gesundheitskonferenz Berichterstatler: Beigeordneter Kruse	01/317/2009	33
20 Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern der Ratsfraktionen in den Vorstand der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Berichterstatler: Beigeordneter Kruse	01/318/2009	33
21 Wahl von Schulausschussmitgliedern in das Kuratorium der Volkshochschule Berichterstatler: Beigeordneter Hintzsche	40/080/2009	34
22 Neuwahl einer Schiedsperson Berichterstatler: Beigeordneter Leonhardt	66/087/2009	34
23 Freundes- und Förderkreis der Halifa-Foundation Berichterstatler: Oberbürgermeister Elbers	01/275/2009	34
24 Beitritt der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus Berichterstatler: Beigeordneter Kruse	01/326/2009	35
25 Aufhebung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften in der Altstadt Neufassung der „Ordnungsbehördlichen Verordnung über eine allgemeine Aufhebung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie Änderung der Sperrzeit bei Kirmesveranstaltungen in der Landeshauptstadt Düsseldorf“ Berichterstatler: Beigeordneter Leonhardt	01/329/2009	36
26 Bebauungsplan-Plan Nr. 5779/033 – Gartenstadt Reizenstein – Stellungnahmen; Änderungen; Satzung Berichterstatler: Beigeordneter Dr. Böhm	61/068/2009	37
27 Aufsichtsrat der Messe Düsseldorf GmbH – Ersatzwahl –	01/346/2009	39
28 Verbandsversammlung des Zweckverbandes IT-Kooperation Rheinland – Neuwahl eines Vertreters für die Stadt –	01/347/2009	40
29 Verbandsversammlung des Zweckverbandes Rhein-Ruhr 2012 – Bestellung eines Vertreters –	01/348/2009	40
30 Genehmigung einer nach § 60 GO getroffenen dringlichen Entscheidung: Finanzierung einer Tageseinrichtung für Kinder in Düsseldorf, Lemgoer Weg 100 – „sternchen“	01/250/2009	40

...

In nichtöffentlicher Sitzung:

Tagesordnung

NÖ	Anerkennung der Tagesordnung	Vorlage/n	Seite
NÖ 1	Messe Düsseldorf GmbH		1/NÖ
NÖ 2	Anteilerhöhung an der IGEDO Company GmbH & Co. KG Berichterstatler: Stadtdirektor Rattenhuber	01/233/2009	1/NÖ
NÖ 3	Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand eines Beamten gemäß § 32 Abs. 1 LBG NW Berichterstatler: Beigeordneter Kruse	11/042/2009	2/NÖ
NÖ 4	Martinstaler der Landeshauptstadt Düsseldorf Berichterstatler: Oberbürgermeister Elbers	01/331/2009	2/NÖ

...

24 **Beitritt der Landeshauptstadt Düsseldorf zur europäischen Städtekoalition gegen Rassismus**
Vorlage 01/326/2009

Oberbürgermeister Elbers: Meine Damen und Herren, das ist eine Informationsvorlage. Werden dazu noch weitere Informationen gewünscht? – Ratsherr Ymbou, Sie haben das Wort.

Ratsherr Ymbou (Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Linksfraktion hat am 05.02.2009 diesen Antrag hinsichtlich des Beitritts der Landeshauptstadt Düsseldorf zur europäischen Städtekoalition gegen Rassismus gestellt. Im Laufe der Diskussion im Rat haben wir diesen Antrag in einen Präliminarantrag umgewandelt.

Nun liegt uns das Prüfergebnis der Verwaltung vor. Die Verwaltung hat in ihrer Vorlage die Bewertung auf drei maßgebliche Aspekte fokussiert, und zwar erstens auf bereits vorhandene Maßnahmen – das sind die zehn Punkte, die die Verwaltung zitiert hat –, zweitens auf die Auswirkungen, die durch eine zusätzliche Maßnahme relevant werden, und drittens auf die Feststellung, dass bei einem Beitritt personelle Ressourcen gebraucht bzw. Aufwand und Kosten entstehen werden.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es wäre eigentlich zu begrüßen gewesen, wenn sich die Verwaltung am Ende die Mühe gemacht hätte, darzustellen, welcher Kostenaufwand auf uns zukommt. Das wäre für uns als Ratsmitglieder eine Entscheidung gewesen, um eine Entscheidung treffen zu können. Ich hätte eigentlich erwartet, dass sich die Verwaltung hinsichtlich der Kostenfrage an andere Gremien gewandt hätte, die diesen Beitritt schon vollzogen haben. Wie die Kosten aussehen, möchte ich heute Abend wissen. Sind es einmalige Kosten, oder sind es regelmäßige Kosten? Mich interessieren die Gesamtkosten und die laufenden Kosten der Maßnahmen. Zu diesen Kosten werden keine Angaben gemacht. Das bedeutet für uns Ratsmitglieder, dass es schwierig ist, eine Entscheidung treffen zu können, ohne überhaupt die Kosten zu kennen.

Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung im Laufe der heutigen Diskussion zumindest eine Schätzung abgeben kann, welche Kosten entstehen. Wir sind der Auffassung – meine Fraktion und ich sind der Auffassung –, dass der Beitritt zu dieser Koalition für unsere Stadt ein Pluspunkt wäre. Deswegen hätte ich gerne von der Verwaltung gewusst, welche Kosten schätzungsweise entstehen können.

Oberbürgermeister Elbers: Wir nehmen das auf. – Es folgt Ratsherr Czerwinski. Dann folgt Ratsherr Madzirov, und dann schauen wir mal, was wir seitens der Verwaltung dazu sagen können.

Ratsherr Czerwinski (Grüne): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Informationsvorlage führt die zehn Themenbereiche auf, und in der Anlage 1 werden wiederum 14 Punkte benannt, die dann den Ziffern des Aktionsplans zugeordnet

werden. Wenn man sich umgekehrt die Frage stellt, was wir eigentlich in den Themenbereichen tun, dann stellt man fest, dass es einige Dinge zu tun gebe.

Ich möchte zwei Beispiele herausgreifen: Zur Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen wird nichts angeführt, das ist Punkt 2.

(Ratsherr Raub (SPD): Zu Punkt 5 auch nichts!)

Zu Punkt 3, „Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung“, gibt die Verwaltung die Stolpersteine, die verlegt werden, an. Da habe ich ein anderes Verständnis von Unterstützung der Opfer von Fremdenfeindlichkeit als die Verwaltung mit der Nennung des Projektes „Stolpersteine“. Das ist zwar ein wichtiges Projekt, aber hier gibt es noch ganz andere Sachen zu tun. Deshalb denke ich, dass die Übersicht der Maßnahmen von einer anderen Warte aus erstellt werden müssten. Das wäre meine Anregung, dass die Verwaltung da noch mal drüberschaut.

In der Bewertung steht drin, schon eine Darstellung des anfallenden Aufwands würde in erheblichem Maße Personalkapazitäten binden. Ich glaube, wir brauchen hier keine wissenschaftliche Aufarbeitung, aber eine Sortierung, damit man mal sieht, welche Themenbereiche wir schon gut aufgreifen bzw. welche nicht.

Bei der „Charta der Vielfalt“ haben wir damals gesagt, dass wir beitragen. Als wir gefragt haben, was wir eigentlich noch tun müssten, wurde gesagt: Das brauchen wir gar nicht in detail zu wissen. Es reicht, dass wir dieser Charta beitragen – insofern finde ich es positiv und richtig, dass die Verwaltung hier eine Zurechnung vornimmt. Dann sollte diese aber bitte von der anderen Seite aus betrachtet werden.

Hinsichtlich der zentralen Steuerung und den dadurch entstehenden Kosten – diese hat Herr Ymbou gerade angesprochen – weiß ich von der Stadt Köln, die diesen Antrag gestellt hat und in der nächsten Woche in dieses Netzwerk aufgenommen werden soll, dass dort keine zentrale Steuerung zusätzlich eingeführt werden soll bzw. dass das bisher nicht geplant ist. Daher wäre meine Anregung, dass sich die Verwaltung mit vergleichbaren Städten wie Nürnberg und Köln – wir müssen uns ja nicht mit Gmunden vergleichen – abspricht und uns mitteilt, wie es organisatorisch leistungsfähig ist. Das Ziel besteht schließlich darin, das Netzwerk der UNESCO zu unterstützen und den Erfahrungsaustausch, der seitens der Verwaltung als positiv erachtet wird, zu intensivieren. Erfahrungen anderer Städte könnten wir aufgreifen, die wir im Gegenzug könnten wir gute Erfahrungen, die wir machen, weitergeben. Insofern plädiere ich dafür, diesen Austausch anzuregen. Deshalb möchte ich die Verwaltung bitten, diesbezüglich nachzulegen und uns weitere Informationen zu geben. In einem nächsten Schritt sollten wir darüber beraten und möglichst einen gemeinsamen Antrag hinkommen, um diesem Netzwerk beizutreten.

(Beifall von den Grünen)

Oberbürgermeister Elbers: Ratsherr Madzirov, Sie haben das Wort.

Ratsherr Madzirov (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht inhaltlich in die Diskussion einsteigen. Wir haben eben sehr viel über den Integrationsausschuss diskutiert. Für mich ist das ein Thema, das dort diskutiert werden sollte. Deshalb möchte ich empfehlen, dass wir es an den zukünftigen Integrationsausschuss verweisen.

(Bürgermeisterin Dr. Strack-Zimmermann: Sehr gut)

Oberbürgermeister Elbers: Das hier ist ja nur eine Information. Sie können damit machen, was Sie wollen. Das hat Ratsherr Czerwinski eben auch angekündigt. – Ratsfrau Lehmann, Sie haben das Wort.

(Ratsfrau Lehmann (FDP): Hat sich erledigt! Ich wollte das Gleiche vorschlagen!)

Ratsherr Ymbou, Sie haben das Wort.

Ratsherr Ymbou (Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich befürworte diese Überweisung an den Integrationsausschuss nicht. Wir als Rat sollten einen Beschluss fassen.

Wenn die Vorlage der Verwaltung ergänzt wird, dann muss man im Rat darüber diskutieren, ob wir beitragen oder nicht. Was soll dann der Integrationsausschuss machen? Der kann keinen Beitritt beschließen. Nur wir als Rat können den Beitritt beschließen. Deswegen verstehe ich eine Überweisung an den Integrationsausschuss nicht.

Oberbürgermeister Elbers: Gibt es zur Informationsvorlage weitere Wortmeldungen? – Ratsherr Czerwinski, Sie haben das Wort. Es folgt Ratsherr Vatalis.

Ratsherr Czerwinski (Grüne): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich sinnvoll, wenn sich der Integrationsausschuss mit Fremdenfeindlichkeit und interkultureller Vielfalt beschäftigt. Aber dieses Thema jetzt einfach in den Integrationsausschuss zu schieben, fände ich nicht gut. Schauen Sie sich die Handlungsfelder an: Das geht weit über die Frage der Integration hinaus. Fremdenfeindlichkeit hat nicht nur etwas mit Integration, Rassismus und Diskriminierung zu tun. Ich habe gar nichts dagegen, dass sich der Integrationsausschuss damit beschäftigt. Aber das in den Integrationsausschuss zu verschieben, würde eine Verkürzung darstellen.

Wir haben hier eine Informationsvorlage. Ich habe noch Fragen, hinsichtlich derer ich die Verwaltung bitten würde, weitere Informationen nachzulegen. Ich denke, dann bestünde der nächste Schritt darin, sich interaktionell zu verständigen, einen Antrag zu stellen bzw. einen Beschluss herbeizuführen, dass wir dem Netzwerk beitreten oder auch nicht. Unser Peltum wäre schon, dem beizutreten. Ich bitte allerdings um weitere Informationen.

Oberbürgermeister Elbers: Vielen Dank. – Ratsherr Vatalis, Sie haben das Wort.

Ratsherr Vatalis (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hinsichtlich des Beitritts zu dieser Städtekoalition herrscht Konsens. Das hatten wir schon in der letzten Beratung so festgestellt, und deshalb ist das geschoben worden.

Heute liegt uns eine Informationsvorlage vor. Das heißt, dieser Informationsvorlage können wir nicht zustimmen. Denn wir können über eine Informationsvorlage nicht beschließen.

Die Verwaltung hat noch einmal aufgeführt, was zu diesem Beitritt nötig wäre. Es ist von Sach- und Personalkosten gesprochen worden.

Ich denke, wir wollen beitreten. Wir sollen beitreten. Wenn die Verwaltung noch weiteren Diskussionsbedarf sieht, dann können wir uns dem Vorschlag gerne anschließen, dass diese Diskussion im neuen Integrationsausschuss geführt wird. Ich denke, das wären eine sehr schöne Debatte und ein sehr schöner Start für den neuen Ausschuss.

Oberbürgermeister Elbers: Meine Damen und Herren, können wir die Information heute so entgegennehmen? Herr Kollege Kruse reicht sie dann bezüglich der Anregungen, die heute kamen, an, und dann geht sie in den neuen Ausschuss. Dann kann man von da aus sehen, wie wir weiter vorgehen. Ich glaube, das ist ein guter Vorschlag. Gut? – Danke.

Beschluss

1. Der Rat der Stadt nimmt die Informationsvorlage zum Beitritt der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus zur Kenntnis.

2. Der Rat der Stadt bittet die Verwaltung um weiterführende Informationen und verweist die Angelegenheit in den neu zu gründenden Integrationsausschuss zur weiteren Beratung und Berichterstattung an den Rat.

25. **Aufhebung der Sperrzeit für Schank- und Spelawirtschaften in der Altstadt**
Neufassung der „Ordnungsbehördlichen Verordnung über eine allgemeine Aufhebung der Sperrzeit für Schank- und Spelawirtschaften sowie Änderung der Sperrzeit bei Kirmesveranstaltungen in der Landeshauptstadt Düsseldorf“
Vorlage 01/329/2009

Oberbürgermeister Elbers: Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ratsherr Laubenburg.

Ratsherr Laubenburg (Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir stimmen der Vorlage zu und haben damit auch kein Problem. Wir haben aber eine Frage an die Verwaltung, die die Einhaltung der Arbeitsschutz- und Arbeitszeitbestimmungen

gen im Gastronomiegewerbe betrifft. Denn die Aufnahme bedeutet auch, dass in einigen Gaststätten länger gearbeitet wird. Wir halten es für sinnvoll und notwendig, dass die Stadt die Kaffee, die bislang genutzt wurden, um die Einhaltung der Sperrstunde zu überwachen, in diesem Bereich eingesetzt werden, um stärker zu gucken und zu kontrollieren, dass die Anforderungen nicht über die geltenden Arbeitszeitebedingungen hinaus arbeiten müssen.

(Ratsherr Czerwinski (Grüne): Den Nichtraucherschutz haben Sie vergessen!)

Oberbürgermeister Elbers: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zur Beschlussvorlage?

(Ratsherr Laubenburg (Linke): Das war eine Frage!)

Das war eine Frage, Herr Kollege Leonhardt. Ist die Frage angekommen?

(Beigeordneter Leonhardt: Nicht so richtig!)

Ja, bei mir ist sie auch nicht so richtig angekommen. Aber versuchen wir es doch mal. Immer wenn die Fragen mit so vielen Blümchen drum herum angelehrt sind, ist es schwierig.

Beigeordneter Leonhardt: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Laubenburg, im Rahmen der Zuständigkeiten werden wir darauf achten. Wenn eine andere Behörde zuständig sein sollte, werden wir uns mit ihr in Verbindung setzen.

Oberbürgermeister Elbers: Danke, Herr Kollege Leonhardt. – Meine Damen und Herren, ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ist jemand gegen die Beschlussvorlage? – Niemand. Enthaltungen? – Gibt es auch nicht. Damit ist es einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage zu Vorlage 01/329/2009 vorgelegte Neufassung der „Ordnungsbehördlichen Verordnung über eine allgemeine Aufhebung der Sperrzeit für Schenk- und Spielschärfen sowie Änderung der Sperrzeit bei Kirmesveranstaltungen in der Landeshauptstadt Düsseldorf“.

26 Bebauungsplan Nr. 5779/033 – Gartenstadt Reitzenstein –
Stellungnahmen; Änderungen; Satzung
Vorlage 61/068/2009

Oberbürgermeister Elbers: Wird hierzu Vortrag gewünscht?

(Ratsherr Laubenburg (Linke): Ich habe die Frage, warum das nicht im letzten APS war!)

Es gibt also eine Verfahrensfrage, weshalb das nicht im APS gewesen ist. Herr Dr. Bonin, ich erteile Ihnen das Wort.

Verwaltung auf die Einwendungen. Die haben doch nichts mit dem zu tun, was der Investor hat. Da geht es um die Beurteilung: Wie ist der Gehölzstreifen im Norden fachlich einzuschätzen, wie ist es im Westen? Geht das nach § 25 a oder 25 b?

Solche Diskussionen können wir hier im Rat nicht führen, im Ausschuss hätten wir sie führen können. Das sind genau die beiden Punkte, wo ich sagen muss, da gibt es durchaus noch kritischen Bedarf: Wird die Grünfläche wirklich erhalten, wird auch der Baumbestand erhalten oder wird nur nachgepflanzt? Das sind Fragen, für die die Ausschüsse da sind. Das ist nicht passiert, und das finde ich sehr bedauerlich.

Wir werden dem B-Plan zustimmen, weil es ein großes Projekt ist, das auch für den Wohnungsbau wichtige Impulse setzt. Es ist leider nicht alles möglich geworden. Ich bitte aber zwei Sachen zu beachten.

Das eine ist, bei der Grünpflege in dem nördlichen und westlichen Bereich, auch wenn es nicht nach § 25 b geht, doch sehr genau darauf zu achten – das werden wir mit Sicherheit in den Ausschüssen nachfragen –, dass der Baumbestand, soweit es möglich ist, erhalten werden kann. In Ihren Vorlagen sieht, da gebe es viele Bruchpunkte. Wir kennen die Empfindlichkeit der Bürgerinnen und Bürger. Ich erinnere nur an den Florgarten, wie schnell dann gesagt wird: Da müssen wir alle Bäume wegmachen. Ich bitte also, genau darauf zu achten, dass möglichst der Bestand erhalten wird.

Die zweite Anregung und Bitte, die ich mitgeben möchte, ist: Es gibt in der Umgebung Befürchtungen, dass der zusätzliche Verkehr über die Ludwig-Beck-Straße fließen könnte. Die Verwaltung hatte in den BVen und in der Bürgeranhörung vorgestellt, wie das Erschließungskonzept ist. Wir bitten darum, dass man nach einem halben Jahr auch einmal aufzeigt, ob die Prognosen, wie sie die Verwaltung gemacht hat, eingetreten sind oder die Prognosen, wie sie die Initiative gemacht hat. Ich glaube, dass man das wirklich erst nach einem halben Jahr sehen kann. Bei der baulichen Gestaltung – das geht ja über den B-Plan hinaus – sollte man es so machen, dass man, auch wenn man zu anderen Erkenntnissen kommt, die Stecklösen noch versetzen kann und dass wir dann nicht hören: Nein, jetzt ist baulich schon alles so gemacht, und das wäre sehr teuer. Ich denke, das ist machbar, das ist leistbar. Wenn Sie das garantieren können, können wir auch in zukünftigen Diskussionen gut stehen.

Oberbürgermeister Elbers: Ratsherr Laubenburg, Sie haben das Wort.

Ratsherr Laubenburg (Linke): Herr Oberbürgermeister Elbers! Ich bin ja zumindest dankbar für die Offenheit, die Herr Dr. Bonin hier bewiesen hat, wenn er sagt, das sei deshalb nicht behandelt worden und Bebauungspläne würden deshalb nicht behandelt, weil es noch irgendwelche Finanzierungsschwierigkeiten des Investors gibt. Denn das sagt etwas über den Stellenwert von Stadtplanung und Bebauungsplänen unserer Stadt aus. Es hängt also davon ab, wie viel Geld gerade welcher Investor hat, was er finanziert bekommt und was nicht. Entsprechend wer-

den die Pläne geschmiedet. Und wenn er fertig ist, braucht man es noch nicht einmal mehr fachlich zu diskutieren, dann wird es hier eben mit einem 60er-Beschluss durchgewunken.

Es ist für ein Projekt wie die Reitzenstein-Kaserne und für die Größe und das Ausmaß dieses Projektes – das ist ja nicht irgendwie ein kleiner Streifen – unsäglich, das so zu behandeln. Auch ist fast sämtlich den Einwendungen des BUND und des NaBu nicht gefolgt worden, weil unklar ist, was für Wohnraum genau entsteht, weil dieser Wohnraum bezahlbar ist. Leider sind wir heute zu der Anfrage der FDP bezüglich der Biker Arcaden nicht mehr gekommen, weil es so viele Zwischenrufe aus der FDP gab,

(Bürgermeisterin Dr. Strack-Zimmermann: Ist der nicht immer nett, der Frankie Boy?)

wo wir noch einmal halten darüber reden können, wie man den feststellt, dass man da, wo man Gewerbeprojekte zum Beispiel mit Wohnbebauung kombiniert, auch die Wohnbebauung, die man will, wirklich hinbekommt. Das ist ja ein Problem, das wir dann auch haben. Das werden wir hier zu einem späteren Zeitpunkt auch wieder haben.

Wir können also auf dieser Grundlage dem heute nicht zustimmen und finden das ganze Verfahren auch nicht akzeptabel. Bis zum 30.11. läuft nichts weg. Es ist keine rechtliche Frist. Da sind zwei andere Vertragspartner, die Irgendwas in ihre Verträge hineingeschrieben haben. Das muss uns so auch erst einmal nicht interessieren.

Oberbürgermeister Elbers: Ratsherr Raub, Sie haben das Wort.

Ratsherr Raub (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Verfahren, wie es hier gelaufen ist, ist nicht glücklich. Darin sind wir uns wohl alle einig. Ich gehe auch einmal davon aus, dass das nicht mit irgendeinem Hintergrund geschehen ist, weil dieses Projekt eigentlich so gut ist, dass man es auch ohne Weiteres im APS hätte behandeln und beschließen können.

Deswegen denke ich, dass man dieser Vorlage grundsätzlich zustimmen kann. Ich kann aber auch verstehen, wenn der eine oder andere vor dem Hintergrund des Verfahrens nicht zustimmt.

Oberbürgermeister Elbers: Ratsherr Dr. Flis, Sie haben das Wort.

Ratsherr Dr. Flis (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für CDU und FDP kann ich erklären, dass wir die Anregung von Herrn Czerwinski mit der Überprüfung beim Verkehr gem aufgreifen, dass wir das ein halbes Jahr danach mit hineinbringen. Das Thema mit den Pappeln hatten wir dagegen für ausreichend geklärt. In den Unterlagen ist es genau beschrieben. Ansonsten ist klar: Zustimmung jetzt für die Vorlage.

Anhang 1

Ordnungsbehördliche Verordnung über eine allgemeine Aufhebung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie Änderung der Sperrzeit bei Kirmesveranstaltungen in der Landeshauptstadt Düsseldorf vom (Tag der Ausfertigung)

Aufgrund des § 27 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV NW S. 528/SGV NW 2060) und des § 4 der Verordnung zur Ausführung des Gaststättengesetzes (Gaststättenverordnung - GastV -) vom 28. Januar 1997 (GV NW S. 17) wird von der Landeshauptstadt Düsseldorf als örtlicher Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates vom für das Gebiet der Landeshauptstadt Düsseldorf folgende ordnungsbehördliche Verordnung erlassen:

§ 1 Schank- und Speisewirtschaften

(1) Die Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften im Stadtteil „Altstadt“ (Anlage 1) der Landeshauptstadt Düsseldorf wird allgemein aufgehoben.

(2) Die Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften in den übrigen Stadtteilen der Landeshauptstadt Düsseldorf wird vorübergehend aufgehoben

1. anlässlich Silvester in der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar,
2. anlässlich Karneval von Altweiberfastnacht - Nacht zum Freitag - bis einschließlich der Nacht zum Karnevalsdienstag,
3. anlässlich des 1. Mai in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai.

§ 2 Kirmesveranstaltungen

1. Der Beginn der Sperrzeit für Kirmesveranstaltungen wird auf 23.30 Uhr festgesetzt.

Für die Kirmesveranstaltung "Großes Düsseldorfer Schützenfest" wird der Beginn der Sperrzeit auf 24.00 Uhr und an den beiden Samstagen und an dem Freitag, an dem das Feuerwerk stattfindet, auf 2.00 Uhr festgesetzt.

Für die Kirmesveranstaltung "Oberkasseler Schützenfest" wird der Beginn der Sperrzeit auf 24.00 Uhr festgesetzt.

2. Für Betriebe, die gemäß § 12 Gaststättengesetz - GastG - vom 20. 11. 1998 - gestattet wurden, sowie für Imbissstände beginnt die Sperrzeit um 1.00 Uhr.

Bei dem "Großen Düsseldorfer Schützenfest" wird die Sperrzeit für diese Betriebe an den beiden Samstagen und an dem Freitag, an dem das Feuerwerk stattfindet, auf 2.00 Uhr festgesetzt.

3. Die Sperrzeit endet generell bei allen Kirmesveranstaltungen um 11.00 Uhr.

§ 3 Zuwiderhandlungen

Das vorsätzliche und fahrlässige Zuwiderhandeln gegen die in den vorstehenden Bestimmungen festgesetzten Sperrzeiten wird gemäß § 28 Abs. 1 Ziffer 6 und 12, Abs. 2 Ziffer 4 und Abs. 3 des GastG mit Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet.

§ 4 Inkrafttreten

Diese ordnungsbehördliche Verordnung tritt eine Woche nach dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

§ 5 Außerkrafttreten

Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die „Ordnungsbehördliche Verordnung über eine allgemeine Aufhebung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie Änderung der Sperrzeit bei Kirmesveranstaltungen in der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 16. März 1995“ außer Kraft.

Düsseldorf, den . November 2009

Dirk Elbers
Oberbürgermeister